

PRESSEDIENST

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Charlottenburg-Wilmersdorf
Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Fon: 9029-14908 Fax: 9029-14914
e-mail: fraktion@gruene-cw.de
<http://www.gruene-cw.de>



Große Anfrage und Anträge an die BVV am 21. Juni 2018

Große Anfrage
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Kitaplatzmangel / Fachkräftemangel

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Besteht derzeit in Charlottenburg Wilmersdorf ein Fachkräftemangel in den Kitas, falls ja, werden derzeit in Charlottenburg Wilmersdorf Kitaöffnungszeiten eingeschränkt, das Platzangebot eingeschränkt, Kitagruppen temporär überbelegt oder Personen ohne Erzieher*innenausbildung in Kitas beschäftigt?
2. Gibt es in Charlottenburg Wilmersdorf Eltern, die für ihr Kind einen Kitaplatz suchen, aber keinen finden, wenn ja, wie viele Kitaplätze fehlen aktuell und inwieweit gibt es gerichtliche Verfahren zwecks Durchsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz?
3. Zieht das Bezirksamt in Betracht, angesichts des ohnehin bestehenden Fachkräftemangels beim Kitabau auf Schnellbauweise (Modularbauten) zu verzichten und stattdessen auf gut durchdachten, nachhaltigen und in den Städtebau integrierten Kitabau zu setzen?

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

Kitastandort Sömmeringstraße nachhaltig entwickeln

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, ob am Standort Sömmeringstraße beim geplanten Kitabau auf Modularbauten verzichtet werden und stattdessen ein nachhaltiges Konzept, das Kitabau und Wohnungsbau sinnvoll vereint, entwickelt werden kann.

Der BVV ist bis zum 31.08.2018 zu berichten.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland/Gusy

Verschärftes Zweckentfremdungsverbot durchsetzen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, bei leerstehenden Wohngebäuden entweder das verschärfte Zweckentfremdungsverbot durchzusetzen, oder sich dafür einzusetzen, dass auf Landesebene eine Arbeitseinheit geschaffen wird, die die hochkomplexen Verfahren auf Vorschlag der jeweils betroffenen Bezirke betreibt.

Der BVV ist bis zum 31.08.2018 zu berichten.

Begründung

Das seit kurzem verschärfte Zweckentfremdungsverbotsgesetz ermöglicht stärkere Durchgriffsoptionen der öffentlichen Hand bis hin zur Enteignung gegenüber systematischem Leerstand. Diese neuen Regeln müssen jetzt angewandt werden.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kouloubandi

1968 – Charlottenburg-Wilmersdorf – Zentrum der Revolte

Die BVV möge beschließen:

das Bezirksamt wird aufgefordert, mit den in den beiden Ausstellungen

1. Schauplätze der Studentenbewegung – Open Air-Ausstellung am Kurfürstendamm/Ecke Joachimsthaler Straße
2. Momentaufnahme – Fotografien von Klaus Mehner 1967-1970 in der Villa Oppenheim

verwendeten Fotos, Texten und Dokumenten eine Broschüre zum Thema „1968 und Charlottenburg-Wilmersdorf“ zu erstellen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2018 zu berichten.

Begründung

In beiden Ausstellungen sind beeindruckende Fotos und Dokumente über die Ereignisse aus der Zeit der Studentenrevolte zusammengetragen worden. Aufgrund der zahlreichen authentischen Orte der Studentenbewegung in unserem Bezirk haben wir die besondere Aufgabe, an dieses wichtige Kapitel in der deutschen Geschichte zu erinnern und es anschaulich zu dokumentieren.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

KiTa-Belegung im MUF Quedlinburger Straße steuern – Integration fördern

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die im MUF in der Quedlinburger Straße geplante KiTa auch mit Kindern aus der Nachbarschaft belegt wird, um die Integration zu fördern. Bei eventuellen Überkapazitäten sollen die Kinder der Geflüchteten auch in KiTas der unmittelbaren Nachbarschaft betreut werden.

Der BVV ist bis zum 30.09.2018 zu berichten.

Begründung

Mit der Unterbringung einer KiTa im geplanten MUF in der Quedlinburger Straße 45 soll die Öffnung des Gebäudes in die Nachbarschaft unterstützt werden. Dies würde konterkariert, wenn die dort geplante KiTa nur der Unterbringung der im Gebäude selbst wohnenden Kinder dienen würde. Um die Integration stattdessen zu stärken, ist eine gemischte Belegung erforderlich. Da in unmittelbarer Nähe weitere KiTas quasi zeitgleich errichtet werden sollen, kann in Kooperation mit diesen die gemischte Belegung sichergestellt werden.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Drews/Wieland

Das Südwest-Ufer "Mierendorff" naturnah erhalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen, dass der gegenwärtig noch recht naturnahe Zustand der unmittelbaren Uferzone zwischen Röntgenbrücke und dem Goslarer Ufer erhalten bleibt. Dabei soll insbesondere die spontane Vegetation weitestgehend erhalten bleiben. Ausstiege für Wasservögel dürfen weder eingeschränkt oder zerstört werden. Bei geplantem Uferweg an der Spree und am Stichkanal ist darauf zu achten, dass die Ufervegetation erhalten bleibt.

Außerdem wird das Bezirksamt gebeten zu prüfen, ob am Stichkanal oder an der dortigen Spree Flachwasserzonen eingerichtet werden können und ob dafür eine Landesfinanzierung etwa über die Strategie Stadtlandschaft möglich ist. Das Konzept ist mit dem bestehenden Beteiligungsprozess abzustimmen.

Der BVV ist bis zum 01.10.2018 zu berichten.

Begründung

Naturnahe und für Wasservogel nutzbare Uferabschnitte sind an der Spree in unserem Bezirk kaum mehr vorhanden. Es gilt daher, umso sorgfältiger die noch bestehenden Restgebiete zu schützen, gerade auch, weil diese „amphibischen“ Zonen für das Tier- und

Pflanzenleben an Wasser und Land besonders wichtig sind. Im Bereich Goslarer Ufer/Röntgenbrücke wird in eigentlich zu großer Nähe zum Ufer gegenwärtig ein größeres Vorhaben von Eigentumswohnungen fertig gestellt. Hier gilt es besonderes Augenmerk darauf zu richten, dass der Naturschutz am Gewässer nicht unnötig unter möglichen Folgemaßnahmen leidet.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Wieland

Wohnungstausch auch in Charlottenburg-Wilmersdorf ermöglichen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, sicherzustellen, dass die ab August 2018 einzurichtende Wohnungstauschbörse der sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften auch im Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf umgesetzt wird.

Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit und mit welchen Mitteln auch private Eigentümer*innen und Genossenschaften an dem Projekt beteiligt werden können.

Der BVV ist bis zum 30.09.2018 zu berichten.

Begründung

Viele Berliner Familien wohnen in zu kleinen Mietwohnungen, finden jedoch aufgrund der Wohnungsnot keine bezahlbaren Wohnungen in der benötigten Größe. Andererseits haben vor allem ältere Menschen manchmal Wohnungen, die nach dem Auszug der Kinder zu groß geworden sind, die sie jedoch nicht aufgeben möchten, da jede Neuvermietung derzeit mit immensen Mietsteigerungen verbunden ist, möglicherweise auch nicht in der alten Nachbarschaft zu finden ist.

Im August startet eine Wohnungstauschbörse, die vom Verband der Berlin-Brandenburgischen Wohnungsunternehmen (BBU) organisiert wird. Die Hoffnung ist groß, dass sich unter den ca. 300.000 Mietparteien aller sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften geeignete Tauschpartner*innen finden lassen, während die Wohnungsbaugesellschaften die Neuvermietung zu alten Konditionen ermöglichen und auf Neuvermietungszuschläge verzichten.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Gusy

Weitere Standorte für kleine modulare Unterkünfte für Geflüchtete bereitstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, dem Senat weitere Standorte im Bezirk für kleinere Unterkünfte für Geflüchtete zu melden.

Der BVV ist bis zum 30.08.2018 zu berichten.

Begründung

Die bisherigen Standorte für modulare Unterkünfte für Geflüchtete sind mit 500 Plätzen sehr groß. Für eine gute Integration wären kleinere Standorte mit höchstens 150 Plätzen nötig. Dazu sind Flächen zu benennen, die bisher untergenutzt sind, wie zum Beispiel Parkplätze oder eingeschossige Bauten.

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Gusy/Wieland

Qualität für das Bauvorhaben Quedlinburger Straße 45 sicherstellen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt möge sich beim Senat für folgende Maßnahmen beim Bauvorhaben Quedlinburger Straße 45 einsetzen:

- abgeschlossene Müllräume,
- eine durchlässige Begrenzung an der westlichen Seite (keine Mauer)
- eine Eingangssituation, die den offenen Charakter des Hauses betont.

Der BVV ist bis zum 30.08.2018 zu berichten.

Antrag

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler

Mehrweg für die Wochenmärkte

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, für die größeren Wochenmärkte des Bezirks ein Konzept für Mehrweggeschirr, -becher und -besteck zu entwickeln und mit den Markthändler*innen umzusetzen.

Der BVV ist bis zum 30.09.2018 zu berichten.

Begründung

Einige Märkte im Bezirk haben einen großen Anteil an Imbissversorgung. Hierfür kann eine Infrastruktur für Mehrweg geschaffen werden, um Plastikmüll zu vermeiden.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Kreuzungen für alle sicher gestalten

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, auch weiterhin Kreuzungen so umzubauen, dass freie Sichtbeziehungen entstehen, um das sichere Queren der Straßen zu erleichtern. Zum einen sollen hierfür die Bordsteine abgesenkt werden. Zum anderen sollen Mittel eingesetzt werden, die das Zuparken der Kreuzungen zu verhindern. Dies kann durch das Vorstrecken des Bürgersteiges geschehen. Zugleich können Fahrradabstellanlagen vor dem Bereich, in dem nicht mehr geparkt werden darf, aufgestellt werden, um das Zuparken zu erschweren und Parkmöglichkeiten für Fahrräder zu schaffen. Hierbei ist zu prüfen, ob ein bestimmter Anteil dieser Fahrradabstellbereiche an Leihäderanbieter ausgeschrieben werden kann, damit diese dort ihre Räder anbieten können und diese dort abgestellt werden können, ohne andere zu behindern.

Der BVV ist bis zum 31.12.2018 zu berichten.

Begründung

Oft sind Kreuzungen schwer sicher zu passieren, weil die Sichtbeziehungen nicht optimal sind bzw. sie zugesperrt sind. Das erschwert insbesondere Kindern, Personen mit Kinderwagen oder die auf einen Rollator/Rollstuhl angewiesen sind, die andere Seite der Straße zu erreichen. Dies soll zum einen durch abgesenkte Bordsteine und Gehwegvorstreckungen verhindert werden.

Mit Fahrradabstellanlagen, die vor solchen Gehwegvorstreckungen oder ähnlichen Bereichen aufgestellt werden, wird vermeiden, dass hier große parkende Fahrzeuge die Sicht nehmen und es wird zugleich Parkraum für Fahrräder geschaffen. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) Berlin hat hierzu einige Ideen entwickelt, die für eine Umsetzung genutzt werden können:
<https://adfc-berlin.de/radverkehr/infrastruktur-und-politik/533-sichere-kreuzungen-durch-mehr-fahrradstellplaetze.html>

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Gusy

Fläche vor dem OSZ Kfz –Technik Gierkeplatz

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, die gepflasterte Fläche vor dem OSZ Kfz -Technik am Gierkeplatz mit Bänken und Tischen zu möblieren, damit Anwohner*innen diesen nutzen können.

Anwohner*innen sind in die Planung einzubeziehen.

Der BVV ist bis zum 30. September 2018 zu berichten.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Fahrradfreundliche Querung zwischen Königsallee und Lynarstraße/Herthastraße schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, eine fahrradfreundliche Querung zwischen Königsallee und Lynarstraße/ Herthastraße zu schaffen. Bei dieser Gelegenheit sollen die Bordsteine soweit abgesenkt werden, so dass auch Fußgänger*innen hier barrierefrei queren können.

Der BVV ist bis zum 31.12.2018 zu berichten.

Begründung

Um mit dem Fahrrad einfacher von der Lynarstraße/Herthastraße in die Königsallee fahren zu können, sollte an diesen Stellen der Bordstein abgesenkt werden und entweder ein kurzer Radweg oder das Radfahren auf dem Bürgersteig wie beispielsweise auf dem Ludwigkirchplatz oder Nikolsburger Platz erlaubt werden. Dies sollte zu gleich genutzt werden, den Bordstein soweit abzusenken, dass auch Fußgänger*innen diese Stelle barrierefrei nutzen können.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Abschleppaktionen gegen Falschparkende durchführen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, Falschparkende auf Fahrradangebotsstreifen oder an Querungen für zu Fuß Gehende konsequent abzuschleppen. Hierzu soll das Bezirksamt in bestimmten Bereichen wie der Schlüterstraße, Westfälischen Straße oder Umlandstraße dies regelmäßig über einen längeren Zeitraum (3 Monate) wiederholen.

Der BVV ist bis zum 31.08.2018 zu berichten.

Begründung

Oft werden Fahrradangebotsstreifen oder Querungen für zu Fuß Gehende als Parkplatz missbraucht. Dabei gefährden die Falschparkenden Radfahrende, welche immer wieder den Fahrradangebotsstreifen verlassen müssen, und zu Fuß Gehende, die entweder sich zwischen den Fahrzeugen durchzwängen müssen und so auch noch weniger vom motorisierten Verkehr gesehen werden oder die Stelle mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl nicht queren können. Damit steigt das Risiko eines Unfalls und dies gilt es zu unterbinden, denn bei freien Fahrradangebotsstreifen und Querungen ist der Verkehr für diese Personen sicherer.

Antrag
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler

Schulflächenbedarf optimieren

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt wird gebeten, zu prüfen, wie derzeit die Auslastung der Gymnasien im Bezirk ist und für den Fall, dass bestimmte Gymnasien nach wie vor dauerhaft unterfrequentiert sind, Grundschulen und Integrierte Sekundarschulen aber übernachgefragt sind, ein Konzept für die Umwandlung einzelner Gymnasien in Grundschulen oder Integrierte Sekundarschulen zu entwickeln. Vorab sollte geprüft werden, inwieweit Räume in Gymnasien, die nicht genutzt werden, für Zweigstellen übernachgefragter Grundschulen oder integrierte Sekundarschulen zur Verfügung gestellt werden können. Bei der eventuellen Umwandlung einer Schule soll geprüft werden, inwieweit eine Entwicklung zur Gemeinschaftsschule in Betracht kommt.

Der BVV ist bis zum 31.10.2018 zu berichten.

Antrag zusammen mit SPD Linke
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Vandrey/Wapler/Drews

Anwohner*inneninformation zu den geplanten Ersatz- bzw. Neubaumaßnahmen an der Stadtautobahn A100 im Bezirk

Die BVV Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin beschließt:

Das Bezirksamt wird aufgefordert, gemeinsam mit der zuständigen Senatsverwaltung nach der Sommerpause 2018 zeitnah zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung über die an der Stadtautobahn A100 geplanten Umbau-, Ersatzbau und Neubaumaßnahmen einzuladen. Zu dieser Veranstaltung sind neben den im Umfeld der Autobahn lebenden Bürger*innen und Gewerbetreibenden vor allem die Bauherren und Planer (Senat in Auftragsverwaltung für den Bund), die Planungskoordinierende DEGES GmbH und die bereits eingebunden/beauftragten Planer einzuladen.

Bei der Veranstaltung soll insbesondere dargestellt werden:

- Beteiligung betroffener Bürger*innen an der Vorplanung - wann und in welcher Form?
- Entlastung der Bürger*innen entlang der Autobahntrasse vor Luftschadstoffen und Lärm
- Berücksichtigung der Stadtentwicklung im Bezirk (Flächengewinne, Zusammenführung von Stadtquartieren, Radschnellwege, Verlegung von Autobahnauf- und -abfahrten etc.)
- Zeitplan, Genehmigungsverfahren, Anpassung an die Stadtentwicklung (Masterplan).

Der BVV ist bis zum 25.09.2018 zu berichten.

Begründung

Der Senat (SenUVK) hat Anfang Mai 2018 die Beauftragung eines Planers für den Neubau der Rudolf-Wissel-Brücke und des Dreiecks Funkturm sowie dessen Planungsentwurf mit zwei Brücken vorgestellt. Auch für die Neu-Planung des Dreiecks Funkturm sind bereits Planungsaufträge vergeben worden¹

Dazwischen liegt die Neu- und Ersatzbaustelle für die Westendbrücke (westliche Autobahntrasse über die S-Bahn) die sich ebenfalls bereits in der Bauplanung befindet.² Der ca. 1,4 km lange Autobahnabschnitt zwischen der Westendbrücke und dem Autobahndreieck Funkturm, der überwiegend als Trog ausgebaut ist an dem unmittelbar Wohngebäude liegen, soll dagegen bisher nicht neu geplant oder umgebaut werden. Das erste Pressegespräch des Bezirksamts CW zeigt, dass offenbar noch erhebliche Differenzen zwischen der Autobahnplanung des Landes bzw. des Bundes und den Bedürfnissen des betroffenen Bezirkes bestehen, wobei die unmittelbar betroffenen Bürger vor Ort bisher keine Gelegenheit hatten, sich zu informieren oder sogar an der Planung zu beteiligen. Eine breitere Beteiligung ist dringend erforderlich, weil die Planungen bereits fortgeschritten sind und weil der Autobahnbau ab 01.01.2021 in die Bundesverwaltung überführt wird, womit der Einfluss von Stadt und Bezirken auf eine stadtverträgliche und zukunftsfähige Planung weiter schwinden wird.

Große Anfrage

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Vandrey/Wapler/Kaas Elias

Situation Wohnungsloser in Charlottenburg-Wilmersdorf

Wir fragen das Bezirksamt:

1. Wie viele Wohnungslose gibt es im Bezirk und wie hat sich ihre Anzahl in den vergangenen Jahren verändert?
2. Was sind die häufigsten Ursachen für Wohnungslosigkeit und wie kann das Bezirksamt dazu beitragen, diese zu vermeiden?
3. Wo kann der Bezirk Wohnungslose unterbringen bzw. wie kann er sie mit Wohnungen im Bezirk versorgen und reichen dem Bezirksamt die hierzu vorhandenen Mittel aus?

1

<http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:211488-2018:TEXT:DE:HTML&src=0>

2

<http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:20657-2017:TEXT:DE:HTML>